Organ der Zentrumspartei für das Saargebiet

1922 DEMOKRATISCHE PARTEI

Saarbrücker Tage- und Anzeigenblatt für Handel u. Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Austräger 4.00 Frcs. Mit der Post bezogen 4.60 Frcs. Zeitungspreis: Die 6gespaltene mm. Zeile, 35 mm. breit, 0.35 Frcs. Für Deutschland 0.90 Frcs., ausgenommen zum Tagespreis, Ausland 0.90 Frcs. Die 88 mm breite Reklamezeile 0.90 Frcs.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, die Austräger, die Geschäftsstelle, Kleiner Markt Nr. 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 26 Postscheck 20.

Nr. 37. Saarlouis, Mittwoch, den 7. Februar 1924. 53. Jahrgang.

Rede des Reichskanzlers vor dem Reichstage

Rücktritt Moltke—Huitfeldt's und Land's.

Deutscher Reichstag.

ds. Berlin, 26. Febr. Auf der Tagesordnung der heut behandelten Sitzung, die gegen Mitte vormittags begann, steht der Antrag für 1924 in Verbindung mit den Anträgen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten und anderen Parteien auf Änderung oder Aufhebung verschiedener unter dem Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet Präsident Loebe, während sich die Abgeordneten von ihren Sitzen erheben, dem Ableben verstorbener Abgeordneter Dr. Nissen einen Nachruf, in dem er den verstorbenen als eine der markantesten Persönlichkeiten deutscher Politik würdigte.

Die Beratung wird sodann eingeleitet durch

eine Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Marx führte aus: Als am 3. Dezember vorigen Jahres der Reichstag durch das

Ermächtigungsgesetz

der Reichsregierung die Vollmacht erteilte, Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die wirtschaftliche Not von Volk und Reich erforderlich waren, waren es drei Ziele, die damals allen bewußt, wenn es erstlich darum zu tun war, Reich und Volk vor dem Zusammenbruch zu retten, das erstmalige, aber nur Kaum Fundbare: Beschränkung des Wüchernen Handels, wie er durch das Wirken von Hubmann Stresemann und Hilferding, die Verbesserung der Wirtschaft, die Frage der Balanzierung des 1924 vorzugsweisen Etats mit erstmaligem Wiederbeginn der Wirtschaft. Bei der Beratung der Verordnungen, die die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen hat, haben die Reichstagsabgeordneten Ziele vorgeschwebt. Ob die Verordnungen in ihren Einzelheiten diesen Zielen richtige gerecht haben, darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Ich bin überzeugt will auch in keiner Weise die Kritik an ihren Wirkungen bestreiten, aber sie kann sich mit ruhigem Gewissen dazu bekennen, daß sie, ich will nicht sagen alle Kräfte die unter den augenblicklichen Verhältnissen möglichst vorhandenen Erreichung dieser Ziele richtet hat. Die Bestandsgemäßte Zeitlage für eine Wiederbelebung der Wirtschaft, die Not der Not Mitte November auf beiden Wertbörse gerichtet. Die goldenen Zeiten der Spekulanten und Schieber sind hoffentlich für immer vorbei. Der Gesetzbuch wie er in gröbsten Unreisen den Sachverständigen vorgelegt werden konnte, bedeutet tatsächlich der inneren Ausgaben des Reiches, freilich nur unter mehreren Voraussetzungen, deren wichtigste die freie Verfügung über die Steuern am Zölle und des Rheine und Ruhrgebiets ist. Den Kämpfen um Gesetzes sind die erforderlichen Steuergesetzen zur Balanzierung ihrer Haushalte angewiesen. Von der Wirtschaft, Zölle und Ruhr, von einer freiwillen wirtschaftlichen Gesamt abgehandelten Ist. Leider konnten die Gesetze nur erreicht werden durch Zustimmung der Sozialdemokratischen Mitarbeiter, die unzweifelhaft für manche Familie schwere Not und harte Entbehrungen mit sich gebracht haben. Ich bestreite bei erster Lesung an die Sozialdemokratische Partei, die freilich noch von dem ersten Kabinett Stresemann, dem Kabinett der großen Koalition, erlassen, aber unter der jetzigen Regierung zur Mitarbeit gekommen ist, bestätigen gehören ferner die außerordentlich geringen Gehaltsätzen der Beamten, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Frage der Notlagen, gewisse Einschränkungen der sozialen Leistungen, die schwere Lasten der Kriegsopfer, die Frage der Lohnfrage die Zahlung angreifen, die namentlich auch die Landwirtschaft treffen und damit auch theilweise für die Volksernährung auslösen. Die Reichsregierung hat sich immer und immer wieder die Frage vorgelegt, ob sie tatsächlich dem Volke so schwere Lasten und Entbehrungen auferlegen dürfe. Die Reichsregierung hat aber unter Würdigung ihrer menschlichen Empfindens den Weg der Pflicht innegehalten. Sie war sich bewußt dessen, daß es sich in allem um das eine große Ziel handelt, um die Rettung des Reiches, des Fortbestehens und die Fortentwicklung der deutschen Nation zu sichern. Es gibt keinen anderen Weg.

Wenn wir noch einmal in eine Inflationsperiode hineingeraten sollten, ist jeder Versuch, unsere Mark zu balbieren, vollkommen ausschlossen. Dann ist unser wirtschaftlicher Ruin und das Schicksal unseres Volkes besiegelt. Das ist nicht nur die Meinung einzelner Sachverständiger, das ist die überzeugungsvolle Meinung des Hauptes und aller führenden Leute unseres Volkes. Mit dieser Einsicht unserer Volksgenossen ist es besonders sehr schlecht bestellt. Man hatte erwartet, daß die Regierung mit einem großen Schlag eine gesamte Lage bessere. Diese Hoffnungen sind gelegt worden. Den Leuten der Wirtschaft hatten wir nicht gefunden, wir mußten den Dornenweg gehen und in mühsamer Kleinarbeit unseren Genossen und deutschen Volk vor Augen und auf die Tatsache in Wort Form kaum erträgliche Lasten auferlegen in der Hoffnung, daß wir auf diesen Wege es aus der Wüste des Elends und aus der Hungersnot heraus führen können.

Freilich wird ohne eine Besserung unserer

außenpolitischen Lage

alle Mühe und Arbeit nur Stückwerk sein. Wie appellieren in der Reparationsfrage nicht an das Mitleid, sondern an die Vernunft der Welt und an den gesunden Menschenverstand, der allein uns und Europa aus Chaos verhindern kann. Geht jetzt, wenn auch nicht zu jetzt, dann die Vernunft auf den Marsche zu sein. Das Reparationsproblem ist Europa und Deutschland. Das Ruhrgebiet Europa sollen unter keiner Verschuldung an das Ausland. Wer hinter diesen Zahlungsverwirrungen lauert nicht wie bei uns die Sache abhängig von der Regierung und Volksvertretung. Keinem anderen Kriegsteilnehmer droht militärischer Einmarsch oder wirtschaftliche Gewaltmaßnahmen der Gläubiger. Ueber Deutschland ist das Damoklesschwert aufgehängt und der Prüfung der Reparationsfrage betraut worden und mit sehen ihrer Entscheidung ohne ohne übertriebenen Optimismus, doch mit Ruhe und Zuversicht.

Der Kanzler führt fort: Wir unser Volk in seinem Innerlichkeitsgrübeln in seiner Entwicklung immer wieder die schwere Lasten erfüllen und auch der jetzige Lebensweg wieder in eine sichre Zukunft führen, wenn wir ohne Bemäntelung das Opfer für die Erneuerung und das Glück unserer Kinder bringen. Opferbereitschaft erwarte ich von den deutschen Beamten treue Pflichterfüllung und ganze Kraft in die Volksvertreter jetzt ich die Hoffnung, daß sie das Vertrauen der Regierung billigen werden, wenn sie ohne Vorurteil die Verordnungen der Regierung unter dem Gesichtspunkte der großen Ziele betrachten. — Die Wiederaufbaufrage wird von den politischen Persönlichkeiten nicht begründet werden. Mit dem Bewußtsein der Pflichterfüllung erwartet die Reichsregierung, daß die Volksvertreter die Lasten mitzutragen helfen werden, und nachher auch in Einzelheiten eine andere Regierung helfen erscheinen. Kritik können wir nicht, und wir werden gern Verbesserungsvorschläge entgegennehmen. Verordnungen sind sich der Reichstag von seinen Verantwortlichkeitsgefühl letzten lassen bei der Frage, ob er die Verordnungen aufheben, oder ob ihre Grundsätze weiter gelten sollen. Wir wissen bedauern, wird von einer Abänderung. Abänderungsanträge sind also angebracht. Eine Verbesserung der Verordnungen kann nur durch eine neue Gesetzgebung erfolgen. Neue Gesetze durch einen Zustimmungsbeschlußfassung werden. Manche Verordnungen wirken im Augenblick nicht wesentlich, aber eine große Zahl von Verordnungen ist so wichtig, daß sie Grundsätze enthält, die ihre Aufhebung den Erfolg völlig in Frage stellen würde. Diese Verordnungen sind die Parteien als solche bezeichnet worden. Es ist nicht eine Sache der Regierung, sondern ein Stück Pflichtwelt, wenn sie erklärt, daß es ihr ganzes Bestreben gewesen ist, ihre Verordnungen, wenn eine solche Verordnungen aufgehoben oder verschlechtert werden sollte, zu erklären, daß sie angesichts der Behauptung dessen, was auf dem Spiele liegt, bei der Annahme eines Abänderungsantrages nicht gewillt sein würde, die auch ihrer Ansicht pflichtgemäßen Folgerungen daraus zu ziehen und beim Beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu beantragen bei der Ablehnung, daß es sich in